

# HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN

Die USA und Europa verhandeln **hinter verschlossenen Türen** das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP/TAFTA (Transatlantic Trade and Investment Partnership / Transatlantic Free Trade Agreement).

Verhandlungspartner sind der EU-Kommissar für Handel Karel de Gucht und der US-Handelsminister Dan Mullaney. In über 30 Arbeitsgruppen wird zu einzelnen Fragekomplexen beraten. Gut 600 Wirtschaftslobbyisten können ihre Positionen und Vorschläge einbringen. Sie erhalten sogar Zugang zu wichtigen Dokumenten, die nicht einmal den Regierungen der einzelnen EU-Länder vorliegen.

Die nationalen Parlamente haben kein Mitspracherecht bei der Gestaltung der größten Freihandelszone der Welt. Auch der Ausschuss des EU-Parlaments, Vertreter von NGOs, wie Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände werden nicht beteiligt.

Nach Abschluss der Verhandlungen wird den europäischen Regierungen ein Papier vorgelegt, das nur noch ratifiziert, aber nicht mehr diskutiert werden kann.

In Deutschland hat sich die große Koalition im Koalitionsvertrag schon für TTIP ausgesprochen, ohne den Inhalt der geheimen Verträge (ca 2600 Seiten) zu kennen.

# WAS SOLL UNS TTIP BRINGEN?

## Wirtschaftswachstum

Studien belegen, dass ein Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent in 10 Jahren möglich sei. Das sind pro Jahr gerade mal 0,05 Prozent, die rechnerisch erreicht werden könnten!

## Weniger Zölle

Die Zölle zwischen den USA und der EU sind auf niedrigem Niveau, sie liegen in der EU bei durchschnittlich 3%, in den USA bei 3% und dienen dem Schutz kleiner inländischer Betriebe zur Wettbewerbsfähigkeit.

## Mehr Wohlstand

Durch verschiedene Modellrechnungen wurde eine mögliche Einkommenssteigerung von 545 Euro pro Haushalt in Europa für das Jahr 2027 ermittelt. Diese Modelle gehen von einer maximal positiven Wirkung aus, die zum Beispiel durch den Wegfall sämtlicher Zölle und weniger Bürokratie entstehen könnten.

## Mehr Arbeitsplätze

Ein „Versprechen“ von mehreren 100.000 neuen Arbeitsplätzen. Es gibt keine nachprüfbaren Studien, die genaue Zahlen anführen.

## Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen

Unterschiedliche Standards beiderseits des Atlantiks sollen vereinheitlicht werden, da sie die Unternehmen Zeit und Geld für verschiedene Prüf- und Genehmigungsverfahren kosten, die auch den Verbraucher belasten. Dazu zählen u.a. geltende Auflagen zu Qualität und Grenzwerten, Datenschutz, Lizenzen, Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten, Standards zum Arbeits-, Verbraucher- oder Umweltschutz, zur Gesundheitsvorsorge und zur Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand.

# WARUM IST DAS FREIHANDELSABKOMMEN GEFÄHRLICH?

Die größte Gefahr ist der Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen und der sogenannte Investorenschutz.

Alle Unterzeichnerstaaten müssen ihre nationalen Gesetze und Regelwerke an die vereinbarten Vorgaben im TTIP-Abkommen anpassen. Bei „Unvereinbarkeit“ müsste sich der jeweilige Staat einem Investor-Staats-Schiedsverfahren unterziehen und kann bei Verstoß mit Sanktionen belegt werden.

Sollten Staaten, Länder und Gemeinden an ihrem Gesetz, ihrer Regelung oder Verordnung festhalten, haben Investoren das Recht, diese auf „prognostizierte, entgangene Gewinne“ bzw. Schadensersatz zu verklagen, und zwar vor einem sogenannten Schiedsgericht (ISDS), einer „Gerichtbarkeit“, die parallel zum öffentlichen Recht besteht. Hier sind der Investor, der angeklagte Staat und der „Richter“ durch je einen Anwalt vertreten.

**Die politische Brisanz dieser Schiedsgerichte** ist kaum abzuschätzen: Ein Tribunal, das mal den angeklagten Staat, mal den Investor, mal den „Richter“ vertritt, kann einen demokratisch legitimierten Staat zu Strafzahlungen verurteilen, weil er Gesetze zum Schutz seiner Bürger und Bürgerinnen erlassen hat. Eine Berufungsmöglichkeit ist nicht vorgesehen. Bereits in der Vergangenheit haben diese ISDS Klauseln zu kaum abschätzbaren Klagen von Konzernen gegenüber Demokratien geführt. Ihre ursprüngliche Intention ist der Schutz von Investitionen in totalitären Regimes.

**TTIP bedroht die demokratischen Grundrechte auf beiden Seiten des Atlantik zu Gunsten von Investoreninteressen.**